

# Moskau sieht mit



Zwei leitende Beamte im Wirtschaftsministerium stehen unter Spionageverdacht, der Verfassungsschutz ist eingeschaltet. Für die Bundesregierung ist der Fall brisant **VON HOLGER STARK**

**E**s geht um einen bitterbösen Verdacht: Haben die russischen Nachrichtendienste das Bundeswirtschaftsministerium unterwandert – und dort ausgerechnet jenen so wichtigen Bereich, der sich mit Gas, Energie und der Pipeline Nord Stream 2 beschäftigt? Ein Fall, dem derzeit der für Spionageabwehr zuständige Verfassungsschutz nachgeht, ist bis hinauf in die Bundesregierung gewandert und hat das Zeug zu einem Polit-Skandal. Nur ist noch nicht klar, mit welchem Ausgang.

Die deutsche Spionageabwehr fristet eigentlich ein Schattendasein. Die Jagd auf ausländische Agenten soll möglichst lautlos stattfinden, je weniger davon zu spüren ist, umso besser. Lange Zeit galt die Suche nach Maulwürfen außerdem als Arbeit von gestern, ihr haftete der Ruch des Kalten Kriegs an. Geopolitik wird im 21. Jahrhundert auf den großen Bühnen der Welt geformt, in Washington, Peking oder Moskau, Paris oder Davos – und nicht über tote Briefkästen, mit gemorsten Geheimbotschaften und angeworbenen Agenten.

Im Visier des Verfassungsschutzes stehen nach Recherchen der ZEIT jetzt allerdings zwei leitende Beamte des Wirtschaftsministeriums, die in Schlüsselpositionen mit der Energieversorgung zu tun haben. Wird die Geopolitik von heute also doch wieder mit den Methoden von gestern inszeniert?

Verrat oder falscher Verdacht: So oder so ist der Fall politisch ebenso brisant wie heikel. Sollte er sich bestätigen, wäre es ein Fiasko für die Bundesregierung und ein Triumph für den Kreml, dem es gelungen wäre, bis hinauf in eines der wichtigsten Ministerien einen oder sogar mehrere Maulwürfe zu platzieren. Sollte sich der Verdacht aber nicht erhärten, stünde Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) düpiert da und müsste erklären, warum er den Geheimdienst auf altegediente Ministeriale ansetzen ließ.

Denn es waren Habecks Vertraute, die sich im Frühjahr an das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) wandten und um Amtshilfe baten. In den internen Papieren zu Nord Stream 2 und dem Füllstand der Gasspeicher sowie dem Bericht über die Versorgungssicherheit Deutschlands waren sie auf Ungereimtheiten gestoßen. Viele Unterlagen, so heißt es, hätten nur so von Verständnis für die russische Sicht getrieft, auffällig sei gewesen, dass die Argumentation oftmals nicht zur offiziellen Linie der Bundesregierung gepasst habe. Bei allen großen Diskussionen des Winters, die sich um das Thema Gaslieferungen drehten, hätten die für das Thema zuständigen Ministerialbeamten eine Position eingenommen, die meilenweit von der politischen Linie ihres

Ministers abgewichen sei: Bei der Entscheidung, die Gaspipeline Nord Stream 2 nicht in Betrieb zu nehmen. Bei Gazprom Germania, das im April unter treuhänderische Verwaltung gestellt wurde. Oder bei der milliardenschweren Rettung des Gasversorgers Uniper. Von »Obstruktion« ist in der Bundesregierung die Rede. Aber aus welchem Motiv?

Der Verfassungsschutz ist qua Gesetz zuständig für die Spionageabwehr; gibt es einen Verdacht, muss der Geheimdienst ihm nachgehen, so wie in diversen anderen Fällen. In Düsseldorf steht derzeit beispielsweise ein Oberstleutnant der Reserve vor Gericht, der dem russischen Militärgeheimdienst GRU seit 2014 militärisch relevante Informationen geliefert haben soll, er flog 2020 auf. In Augsburg wurde ein Doktorand verurteilt, der einem Agenten des Auslandsgeheimdienstes SWR Dokumente zu Raketentechnologie überließ. Die russischen Nachrichtendienste betrachten Deutschland als Aktionsraum, bis hin zu Anschlägen wie dem Mord im Kleinen Tiergarten in Berlin 2019 an einem Exil-Georgier.

Als Habecks Leute sich an den Geheimdienst wandten, hätten die Verfassungsschützer keine Wahl, sie mussten in aller Diskretion eine Überprüfung beginnen. Nur, wie findet man heraus, ob ein Spitzenbeamter heimlich für Moskau arbeitet, sei es aus Überzeugung oder gegen Geld?

Die Verfassungsschützer, heißt es in Berlin, hätten die Lebensläufe der verdächtigen Beamten überprüft und seien auf biografische Auffälligkeiten gestoßen, in einem Fall etwa einen Studienaufenthalt in Russland. Sie seien Reisebewegungen nachgegangen und hätten kontrolliert, ob Flüge ausschließlich dienstliche Hintergründe hatten oder ob es womöglich suspekter Abstecher gab. Und sie hätten sich private Freundschaften angeschaut. Von einer »emotionalen Nähe zu Russland« ist die Rede, die die ins Visier geratenen Beamten offenkundig hätten. Aber macht einen das schon zu einem Spion des Kreml?

Gegen diese These spricht, dass im Wirtschaftsministerium traditionell Beamte sitzen, die in der Vergangenheit ebenso freundlich mit Konzernen wie mit dem Kreml umgingen, eine gewisse Antriebskraft war geradezu Teil des Jobprofils. Habecks Vorgänger Peter Altmaier (CDU), aber auch sein Staatssekretär Ulrich Nussbaum betrachteten Nord Stream 2 als Projekt einer »souveränen nationalen Energieversorgung«. Entsprechend waren viele Spitzenbeamte östlich gepolt, insbesondere im für Gas und Energiefragen zuständigen Bereich. Gut möglich, dass der eine oder andere Ministeriale die Zeitenwende mental noch nicht vollzogen hat.

Für die Betroffenen kann der Vorwurf, für eine fremde Macht zu arbeiten, schnell zu einem per-

sönlichen Drama werden, allein der Verdacht bedeutet in ähnlichen Fällen oft das Ende der Karriere, Beweise hin oder her. Aus diesem Grund sind in diesem Artikel weder die Namen der betroffenen Beamten noch deren Dienstrang genannt. Der deutsche Diplomat Gerhard Sabathil etwa, dem 2020 Spionage für China vorgeworfen worden war, sprach von einem »Albtraum«, der begonnen habe, als ihn Fahnder in den Morgenstunden in seiner Privatwohnung aufgesucht und festgenommen hatten. »Ich dachte: Was für ein böswilliger Schwachsinn, ich kann das in kurzer Zeit aufklären«, sagte er in einem Interview mit dem Spiegel. »Aber dann wurde ich mitgenommen.« Mittlerweile wurde das Verfahren eingestellt. Aber Sabathils Ruf ist beschädigt.

Im Fall der beiden verdächtigen Ministerialbeamten des Wirtschaftsministeriums haben sich dem Vernehmen nach bisher keine handfesten Beweise gefunden, dass es sich um einen Fall von Spionage oder auch Korruption handelt. Zu einer vollständigen Überwachung inklusive Observationen, abgehörter Telefonate und mitgelesener E-Mails kam es offenbar nicht: Dafür verlangt das Gesetz das Vorliegen »tatsächlicher Anhaltspunkte« für eine Spionagetätigkeit. Die gibt es anscheinend nicht, bislang jedenfalls.

Das BfV, das sich generell nicht zu derartigen Sachverhalten äußern will, ist keine Anklagebehörde, es fällt kein Urteil, sondern stellt nur die Beleglage zusammen. Die Entscheidung, wie er mit zwei seiner leitenden Beamten umgeht, zu denen zwar das Vertrauen geschwunden ist, gegen die aber bislang keine schlagenden Beweise vorliegen, muss Habeck treffen.

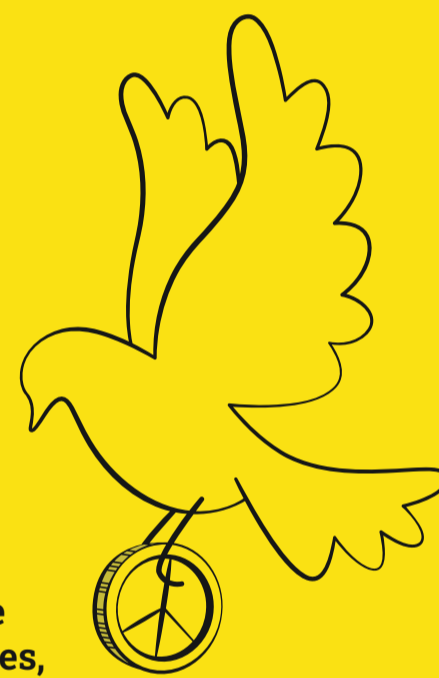
Schon der Umstand, dass die Vertrauten des Ministers den Geheimdienst ins Ministerium geholt haben, dürfte viele Beamtinnen und Beamte befremden. Indem Habeck den Geheimdienst informieren ließ, machte er aus dem Verdacht einen offiziellen Vorgang.

Das Wirtschaftsministerium, von der ZEIT um ein Gespräch gebeten, lehnte eine Stellungnahme zum konkreten Fall ab. Eine Sprecherin verwies allerdings darauf, dass das Ministerium »seit Beginn der Legislaturperiode in einem engen Austausch mit dem Bundesverfassungsschutz« stehe, da klar sei, dass sich die Arbeit des Ministeriums »in einem besonderen Fokus« befinde. »Allen sicherheitsrelevanten Hinweisen gehen wir immer in enger Abstimmung mit dem Bundesverfassungsschutz nach und setzen etwaige notwendige Schritte ebenfalls in Abstimmung mit dem Verfassungsschutz unverzüglich um.«

ANZEIGE

## Frieden braucht Sie!

Ein Aufruf



Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

die aktuellen Kriege und internationalen Konflikte werfen die Weltgemeinschaft in ihren Bemühungen um das Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung dramatisch zurück: dem Schutz unserer Lebensgrundlagen und einem Leben in Sicherheit und Würde für alle Menschen.

Sie als Abgeordnete haben mit Ihrem Budgetrecht entscheidenden Einfluss darauf, welche Rolle Deutschland zukünftig in der internationalen Zusammenarbeit spielt.

Investieren Sie mehr in den Frieden!

Setzen Sie sich in dieser Legislaturperiode dafür ein, dass die Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung deutlich ausgebaut werden und Jahr für Jahr steigen. Stärken Sie Deutschlands Friedensfähigkeiten.



Unterzeichnen Sie die Abgeordnetenerklärung auf:

[www.frieden-stark-machen.de](http://www.frieden-stark-machen.de)

**Unterzeichnende:** Jörg-Udo Aden, Werner Amend, Dr. Raimund Arnold, Reiner Augustin, Andrea Bauer, Regina Bayer-Haselberger, Horst Behr, Ursel Behr, Prof. Dr. Manfred Belok, Doris Bengsch, Susanne Bergengruen, Ruprecht Beuter, Esther Binder, Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Helene Bleich-Tiemann, Renate Blumenstingl-Deitmer, Dr. Andrea Böhm, Christoph Bongard, Dr. Dorothea Brinkmann-Herz, Matthias Brockes, Isolde Brückner, Inge Dabringhausen-Mulzer, Gerd Dallmann Binder, Siegfried Darr, Gisela Daunis, Gerlinde Ehrenfeuchter, Dr. Tilman Evers, Karl Alfred Fauß, Monika Fauß, Gerhard Fecher, Insa Geppert, Michael Gessner, Leif Grahn, Petra Gramer, Edith Grewe-Wehrmann, Rudolf Gumberger, Annalene Hahn, Dr. Dirk-Michael Harmsen, Helmut Hauck, Raimund Heidrich, Adolf Herzog, Dorothea Hoffmann, Werner Höner, Rainer Hub, Dr. Anita Idel, Dr. Gisela Irmisch, Prof. Dr. Angelika Iser, Axel Jassoy, Kurt-Dieter Jünger, Gisela Käb, Mariethres Kaleß, Ellen und Michael Keimburg, Bärbel Keyl, Lieselotte Kirsten, Daniel Knabe, Oliver Knabe, Hans-Hartwig Lau, Hans-Werner Lawrenz, Maria Leidorf, Dr. Hans-Georg Lewek, Christine Liedgens, Dr. Eberhard Löschcke, Dr. Jürgen Maguhn, Sabine Mann, Andrea Maupai, Peter Meiwald, Felicitas Menges, Adelheide Meithou, Marc Michalsky, Lorenz Müller, Dr. Karin Müller-Scheffsky, Maria Munro, Josef-Günter Neideck, Maria Neideck, Friederike Newiger, Charlotte Niedernölte, Inge Niewerth, Andreas Noth, Volker Patalong, Ursula Pöppinghaus, Friedrich Pudimat-Rahlf, Carmen Rahlf, Barbara Reinhard, Thomas Ries, Werner Ross, Erich Ruhl-Bady, Hedwig Rückert, Reinhilde Salzmann, Meta Schacht, Michael Schauer, Peter-Ulrich Schedensack, Kersti Schittko, Dr. Reinhard Schmeer, Stefan Schmidt, Ulrike Schmidt-Hesse, Renate Schmidtsdorff-Aicher, Friedhelm Schneider, Mechthild Schreiber, Hans Schüren, Helmut Schwarzenberger, Hanna Siebecke, Hans Stamm, Dr. Klaus Günter Steinhäuser, Waltraut Steinhäuser, Gerhard Storck, Rudi Thurauf, Renate Ude, Wiebke Umbach, Christiane van Hove, Dr. Gertrud Vester, Adda-Benita von Hofacker, Dr. Reinhard J. Voß, Dietrich Waack, Heinz Wagner, Prof. Dr. Roderich Wahnser, Pfarrerin Angelika Weigt-Blätgen, Jutta Weiß, Siegfried Wentzel, Gisela Wenzlaff, Katharine Werner, Dr. Wolfgang Werth, Lydia Westhoff-Titze, Ursula Wiebe, Heinz Wienand, Dr. Ulrich Willers, Günter Wimmer, Dr. Ursula Wischer, Angelika Woodroffe, Ursula Zapf und Dorothea Zwingmann

## Torten der Wahrheit

VON KATJA BERLIN

Deutsche Fehlerkultur



- Nach einem Fehler um Entschuldigung bitten
- Nach einem Fehler glaubwürdig um Entschuldigung bitten
- Einfach nie einen gemacht haben!

Für die Zukunft zurücklegen



- Für die Ausbildung der Kinder
- Für das Alter
- Für die nächste Nebenkostenabrechnung

Was unsere Städte weniger sicher macht



- Autoverkehr
- Gewalttäter
- Vernachlässigte Infrastruktur
- Abgeschaltete Schaufensterbeleuchtung